

Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik

Seit Jahren erleben wir beispiellose Verschärfungen in der Asylpolitik, denen DIE LINKE. im Bundestag auch in dieser Wahlperiode bereits durch mehrere Gesetzentwürfe und Anträge gegenhält: „Recht auf Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten“ (19/2515), „für eine offene, menschenrechtsbasierte und solidarische Asylpolitik der Europäischen Union“ (19/577) und „Sofortiger Abschiebestopp und Schutz für Geflüchtete aus Afghanistan“ (19/1369). Antworten auf meine Kleinen Anfragen, etwa zur Asylstatistik, zu Abschiebungen, zu Wachdienstgewalt in Flüchtlingsunterkünften und zur Skandalisierung der Entscheidungspraxis in der BAMF-Außenstelle in Bremen bringen dabei regelmäßig Missstände beim Umgang mit Geflüchteten ans Licht und untermauern die Positionen und Forderungen der LINKEN.

Blick auf rechtsextremistische Aktivitäten

Regelmäßig frage ich die Bundesregierung nach Nazi-Aufmärschen vor Flüchtlingsunterkünften sowie rassistischen Angriffen auf Geflüchtete. Die Zahlen sind erfreulicherweise gegenüber 2015/2016 etwas zurückgegangen, befinden sich aber weiterhin auf hohem Niveau. Auch die Zahl von Naziaufmärschen, rechtsextremen Konzerten und islamfeindlichen Straftaten frage ich quartalsweise ab. Dabei zeigt sich ein Trend zu großen Rechtsrockkonzerten, während das allgemeine rechte Demonstrationsgeschehen eher rückläufig war. Dass es keine Entwarnung geben kann, zeigten zuletzt die Ereignisse von Chemnitz. Insbesondere der Einzug der AfD in den Bundestag, die ihre Hetze jetzt auch aus dem Parlament heraus verbreiten kann und die allgemeine Rechtsverschiebung sorgen für ein gesellschaftliches Klima, das rassistischer Gewalt weiter Vorschub leistet. Ich habe mich auch an antifaschistischen Protesten beteiligt, so etwa anlässlich eines AfD-Aufmarsches am 27. Mai in Berlin.

Widerstand gegen die Verschärfung der Polizeigesetze

In mehreren Bundesländern werden derzeit die Polizeigesetze massiv verschärft. Ich unterstütze das Bündnis „Grundrechte verteidigen“ und habe am 7. Juli 2018 auf der Demonstration „Nein! Zum neuen Polizeigesetz in NRW“ in Düsseldorf zur bundespolitischen Einordnung des Polizeigesetzes gesprochen.

Rechtswidrige Einträge in Polizeidateien

Die Bundesregierung räumt auf Anfrage von mir ein, dass die vorgeschriebenen Prüf- und Löschfristen bei Einträgen in den Dateien zu politisch motivierten Straftätern regelmäßig verletzt werden. Ein Klassiker: Die Polizei erhebt eine – häufig falsche – Beschuldigung gegen Demonstranten, die Justiz kommt zwar häufig zum Schluss, dass der Vorwurf nicht beweisbar ist, aber die Polizei behauptet eine „Negativprognose“ – und so bleibt der Dateieintrag bestehen, häufig sogar nach einem Freispruch. Die Kritik der Datenschutzbeauftragten wird von der Bundesregierung ignoriert.

Einzelfallbetreuung:

Immer wieder sind Menschen, insbesondere Schutzsuchende, mit Behördenwillkür konfrontiert, die Trennung von Familien wird zementiert und Ablehnungen im Asylverfahren erscheinen oft von politischen Vorgaben geprägt. Aus diesem Grund habe ich seit Beginn der neuen Legislatur Dutzende Einzelfälle betreut, darunter viele Schutzsuchende.



Ulla Jelpke, MdB

Sprecherin der Landesgruppe NRW der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Obfrau im Innenausschuss

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Büro Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: +49 30 227- 71251

Fax: +49 30 227-76751

ulla.jelpke@bundestag.de

Wahlkreis-Büro:

Schwanenstr. 30
44135 Dortmund

Tel.: +49 0231 8602747

Fax: +49 0231 8602746

ulla.jelpke@wk.bundestag.de

Homepage:

www.ulla-jelpke.de

Berlin, 26. September 2018